

## **Konrad Adenauer und die europäische Integration**

Rede bei der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

am Montag, den 15. April 2013,  
Hochschule für Musik und Tanz, Aachen

von Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident a.D.,  
Vorsitzender des Kuratoriums der Bundesstiftung  
Konrad-Adenauer-Haus, Rhöndorf

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

## I.

Die Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen hat mich gebeten, heute gemeinsam mit Ihnen über das Thema „Konrad Adenauer und die europäische Integration“ nachzudenken.

Als Verneigung vor der Kaiserstadt Aachen, vor der heimlichen Hauptstadt Europas, wie manche sagen, will ich meine Ausführungen mit dem 27. Mai 1954 beginnen. Das ist der Tag, an dem Konrad Adenauer der Internationale Karlspreis verliehen wurde.

In seiner Dankesrede sagte er:

„Hier in Aachen liegt aufgeschlagen das Geschichtsbuch der europäischen Freiheit, der Zeit, in der Europa noch eine einheitliche Ordnung besaß und der europäische Gedanke eine geistige, eine politisch konstitutive Macht bedeutete. ... Europa hat in den Jahrhunderten seit der Zeit Karls des Großen sein europäisches Erbe vertan.

Persönlicher Eigennutz, ehrgeiziger innerer Streit, Angriffe der unruhigen Randvölker, die Anfänge der nationalen Verschiedenheiten, bewirkten ein immer stärkeres Gewicht der Teilreiche, unter denen die europäische Universalität des Abendlandes zerfiel. Es folgten Jahre und Jahrhunderte, in denen diese Idee verschwand und versank im Rauch der Schlachtfelder, im Lärm der Kanonen, im Aufschrei und im Blut der Europäer.“<sup>1</sup>

Nach zwei Weltkriegen, in denen nicht nur die Stadt Aachen, sondern der ganze Kontinent in Schutt und Asche versank und seine Vormachtstellung verlor,

nach vierzig Jahren, in denen Deutschland und Europa durch den eisernen Vorhang und die Berliner Mauer, durch Stacheldraht und Todesstreifen geteilt waren,

nach dem Wunder der Wiedervereinigung und der Überwindung des Kalten Krieges, dem Untergang der letzten Massenideologien des 20. Jahrhunderts auf europäischem Boden und dem Sieg der freiheitlichen Demokratie

steht Europa heute vor neuen Herausforderungen.

Deshalb darf jemand, der heute über Konrad Adenauer und Europa redet, nicht nur zurückblicken. Sondern er muss auch und vor allem nach vorne schauen.

Er muss über Konrad Adenauer reden, der nicht nur der Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland war, sondern auch einer der Väter der Europäischen Einigung.

---

<sup>1</sup> Rede von Konrad Adenauer aus Anlass der Verleihung des Internationalen Karlspreises, In: 50 Jahre Internationaler Karlspreis zu Aachen – 1950-2000, Aachen 2000, S. 63-64

Er muss über die Europäische Einigung reden, die leider nicht nur eine Erfolgsgeschichte ist, nicht nur das größte Friedensprojekt der Weltgeschichte, sondern nach der Finanzkrise auch ein durchaus gefährdetes Projekt, gefährdet durch Eigennutz, mangelnde Solidarität und vielleicht noch mehr durch gedankenlose Gewöhnung und politische Unachtsamkeit.

Und er muss vor allem reden über die Zukunft Europas. Zwar wiederholt sich Geschichte nicht. Aber man kann durchaus aus der Geschichte lernen. Und so ist die Vision Adenauers von der Schaffung der Vereinigten Staaten Europas ein wichtiger Hinweis für das, was heute Not tut.

## II.

Mancher hier im Saal hat wohl noch eine persönliche Vorstellung von Konrad Adenauer. In vielen Umfragen gilt er als der berühmteste Deutsche. Sein Name verbindet sich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, mit dem Neuanfang, mit Ludwig Erhard, dem Wirtschaftswunder und der sozialen Marktwirtschaft, mit der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus „Sowjet-Russland“ nach seinem Moskaubesuch und der Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft des freien Westens und der Aussöhnung mit Frankreich.

Ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie mit dem Thema „Adenauer und Europa“ noch etwas Konkretes verbinden.

Wenn man versucht, darüber zu berichten, muss man eigentümlicherweise nicht erst nach dem Krieg, sondern schon in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts anfangen.

Schon unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg trat Adenauer bei der Eröffnungsfeier der Universität Köln am 12. Juni 1919 für die Versöhnung der Europäischen Völker ein.<sup>2</sup>

„Gemeinsam sind die Interessen der Völker Europas, gemeinsam ihre kulturellen, gemeinsam ihre ethischen. Ist diese Erkenntnis durchgedrungen, dann wird auch auf politischem Gebiete eine dauernde Einigung sich leicht und fast von selbst ergeben.“<sup>3</sup>

Adenauer war als hoher Politiker der Weimarer Republik sowie als Oberbürgermeister von Köln schon vor der Machtergreifung durch die NSDAP ein erfahrener Mann. So konnte er

---

<sup>2</sup> Konrad Adenauer, Reden 1917-1967, Eine Auswahl, Hrsg.: Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 38-47

<sup>3</sup> Rede bei der Eröffnung der Kölner Messe am 11. Mai 1924, Adenauer-Archiv, StBKAH I 01.04, maschinenschriftliches, redigiertes Manuskript, Teilabdruck Rhöndorfer Hefte Bd. 12, ohne Datum, Eigendruck

nach dem 2. Weltkrieg schon sehr früh mit einer klaren politischen Konzeption einen Ausweg aus der in Deutschland weit vertretenen politischen Ratlosigkeit aufzeigen<sup>4</sup>:

„Ich hoffe, dass in nicht zu ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden und dass dann Europa, dieser so oft von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines dauernden Friedens genießen wird.“<sup>5</sup>

Diese Worte wurden am 6. März 1946 im Nordwestdeutschen Rundfunk gesprochen, also schon ein halbes Jahr vor der berühmten Rede Winston Churchills in Zürich am 19. September 1946.<sup>6</sup>

Adenauer ist – so sein Biograf Hans-Peter Schwarz<sup>7</sup> – seit 1948 von der Wichtigkeit seines Ziels so überzeugt, dass er immer wieder seine Überzeugung „predigt“:

„Zusammenschluss der freien Völker Europas, dauernde Sicherheitspräsenz der USA, koordinierte Ostpolitik, Aufbau einer starken Abschreckung. Also: Nato, EVG, möglichst auch Europäische Politische Gemeinschaft.“

Und Schwarz fügt hinzu:

„Und so unterzieht er sein Kabinett, den CDU-Vorstand, alle Journalisten, denen er habhaft wird und die ganze deutsche Öffentlichkeit unabhängig derselben Gehirnwäsche.“

Rückblickend betrachtet finde ich bewundernswert, wie konstant und trotz aller politischen Beweglichkeit und allem Pragmatismus im Einzelnen Adenauer rund 50 Jahre – also über ein langes politisches Leben, über alle Höhen und Tiefen in hohen Ämtern, im Gefängnis und in politischer Verbannung – an seinen Grundüberzeugungen festhält.

Und wenn man will, ist es ein Wunder, dass die deutsche Nachkriegspolitik von der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 bis zur Wiedervereinigung 1990, also von Adenauer bis Helmut Kohl, bei allen politischen Unterschieden und kontroversen Auffassungen diese neue, von Adenauer konzipierte Politik weiter verfolgt. Dieser „revolutionäre“ Abschied von einer rein nationalstaatlichen Politik hin zu einer Einbindung in

---

<sup>4</sup> Adenauer, Der Aufstieg: 1876-1952, Stuttgart 1986 (Adenauer I), S. 464, Hans-Peter Schwarz vertritt eine kritische Auffassung zu Adenauers Europapolitik. Er sagt aber auch: „Sicher ist auch, dass sich bei diesen Unterhaltungen eine gewisse Konstanz adenauerscher Europa-Ideen von seinen Vorstellungen nach dem 1. Weltkrieg über die späten 20iger Jahre bis hin zu diesem Konzept erkennen lassen, dass dann mit dem Schuman-Plan gestaltet wird.“

<sup>5</sup> K.A. am 6. März 1946 im Nordwestdeutschen Rundfunk, in: StKAHS, Rhöndorfer Hefte, Heft 12, 3. Titelblatt, Eigendruck a.a.O.

<sup>6</sup> Henning Köhler, Adenauer, Eine politische Biografie, Frankfurt/M. / Berlin 1994, S. 452

<sup>7</sup> Ders.: Adenauer, Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991 (Adenauer II), S. 14

die Gemeinschaft der freien Völker des Westens hat Deutschland über mehr als ein halbes Jahrhundert Frieden, Freiheit und schließlich auch die Einheit beschert.

Oder wie Rüdiger Altmann schrieb:

„Die Konstruktionsidee der Bundesrepublik: Aus dem Wrack des Deutschen Reiches ein verwaltungsfähiges Provisorium zu machen, einen Ersatz für die verlorene Freiheit von Staat und Nation“.<sup>8</sup>

Insofern war die Bundesrepublik eben nicht Nachfolger einer „verspäteten Nation“ (Helmuth Plessner).

Deutschland wurde zwar viel später als andere europäische Länder ein Nationalstaat.<sup>9</sup> Insofern hat Heinrich August Winkler auch Recht, wenn er feststellt, dass „im Jahre 1945 der antiwestliche Sonderweg des Deutschen Reiches endete.“ Wenn er aber hinzufügt: „1990 endete der postnationale Sonderweg der alten Bundesrepublik und der internationalistische Sonderweg der DDR.“<sup>10</sup>, dann hat er aber sicher Unrecht, schon gar, wenn er hinzufügt:

„Das wiedervereinigte Deutschland ist keine „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“, sondern ein demokratischer, postklassischer National-staat unter anderen.“<sup>11</sup>

Die Bundesrepublik ist nach dem 2. Weltkrieg nicht als nationaler Staat wiederbegründet worden. Deshalb war die Wiedervereinigung auch keine Rückkehr zu einem Nationalstaat postklassischer Prägung. Der Weg, den die europäischen Staaten nach dem 2. Weltkrieg zur Europäischen Einheit gegangen sind, war ein Weg zu mehr Zusammenarbeit, zu neuen gemeinsamen supranationalen Institutionen, ein Weg der Abtretung von Souveränität, der Wahl eines demokratischen europäischen Parlaments, der Schaffung eines neuen Völkerrechtssubjektes, mit dem Recht, Europa gegenüber dem Ausland zu vertreten und eigene internationale Verträge abzuschließen. Ein Weg, des es so zuvor noch nicht gegeben hatte.

Die Teilhabe an diesem Weg Europas hat aus Deutschland den ersten postnationalen demokratischen Staat gemacht, weil hier Nation und Staat nicht mehr identisch sind. Die Bundesrepublik Deutschland war insofern ein Vorläufer, ein Vorbild, ein teilsouveräner Nationalstaat sowie ein Teilstaat in Europa und damit etwas völlig Neues.

---

<sup>8</sup> Rüdiger Altmann, *Der wilde Frieden, Notizen einer politischen Theorie des Scheiterns*, Stuttgart 1987, S. 90

<sup>9</sup> Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. II, *Vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung*, München, 7. Aufl. 2010, S. 640

<sup>10</sup> Heinrich August Winkler a.a.O., S. 655

<sup>11</sup> Heinrich August Winkler a.a.O., S. 655

Dadurch erst war ein neuer Anfang möglich, wie es der kluge Tony Judt formuliert hat:

„Europas Aufschwung war ein Wunder, das postnationale Europa hatte die bitteren Lektionen der jüngsten Geschichte gelernt, und aus der Asche einer mörderischen Vergangenheit war phönixgleich ein friedfertiges Europa entstanden.“<sup>12</sup>

Natürlich nutzte Adenauer die politischen Weltläufe, den Kalten Krieg, den Korea-Krieg, Schumans Pläne und Monnets Ideen, de Gaulles Eigenwilligkeiten und Erhards Schwächen. Und dennoch war Adenauers Erfolg kein Selbstläufer.

Adenauers Westkurs war umstritten: Nicht jeder, selbst in der eigenen Partei – teilte seine Überzeugung, die Westbindung werde eines Tages zur Wiedervereinigung führen. Den einen galt er als Kanzler der Alliierten, den anderen als Spalter der Nation.<sup>13</sup> Aber Adenauer hielt unbeirrt an der Reihenfolge von Freiheit vor Einheit fest und schuf damit die Voraussetzungen für die Einheit. Ein Ausspruch von Hermann Pünder, einem Parteifreund und langjährigem Bekannten zeigt die große Skepsis, die ihm entgegenschlug:

„Er ist unzuverlässiger als ein Franzose, verlogener als ein Engländer, brutaler als ein Amerikaner und undurchsichtiger als ein Russe – also der gegebene Staatsmann für unser geschlagenes und misshandeltes Volk.“<sup>14</sup>

Die Stationen dieses Weges, stetig, wenn auch immer wieder durch Rückschläge unterbrochen, sind eine Erfolgsgeschichte ohne Gleichen.

Mit der Gründung des Europa-Rates im Mai 1949 in Straßburg entwickelte sich ein Forum für einen europäischen Gedankenaustausch ohne jede Machtbefugnisse. Erst die im November 1950 verabschiedete „Europäische Konvention für Menschenrechte“ bekam im Laufe der Zeit eine große Bedeutung.<sup>15</sup>

Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister Robert Schuman einen Plan mit dem Ziel vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Stahl- und Kohleproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde innerhalb einer Organisation zu stellen, die für die Beteiligung anderer Länder Europas offen ist.“<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Tony Judt, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006, S. 20

<sup>13</sup> Peter Koch, Konrad Adenauer, Ein politische Biografie, Hamburg 1985, S. 246 f.

<sup>14</sup> Hans-Peter Schwarz, (Adenauer I) a.a.O., S. 638

<sup>15</sup> Tony Judt, a.a.O., S. 185

<sup>16</sup> Tony Judt, a.a.O., S. 186

Dieser Plan sollte nicht nur die deutschen und französischen Wirtschaftsprobleme auf europäischer Ebene lösen.<sup>17</sup> Adenauer wurde am Vortage informiert und stimmte für die „Bundesrepublik Deutschland“ dem Vorhaben zu, hatte er doch schon nach dem 1. Weltkrieg eine „Zusammenlegung und Verflechtung“ der deutschen und französischen Schwerindustrie vorgeschlagen.<sup>18</sup>

Am 18. April 1951 wurde der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet.

Am 27. Mai 1952 folgte die Unterzeichnung des Vertrages zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der auch die Schaffung einer Europäischen Politischen Union vorsah. Die Folge war eine überaus kontroverse Diskussion. Der Vertrag scheiterte letztlich in und an der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954.<sup>19</sup> Eine gemeinsame Verteidigungspolitik wartet bis heute auf ihre Verwirklichung.

Nach Ablehnung des EVG-Vertrages wurde die Bundesrepublik in die Nato und die Westeuropäische Union aufgenommen. Die Pariser Verträge traten am 5. Mai 1955 in Kraft.

Mitten in dieser schwierigen Phase schlug Jean Monnet vor, über Montanunion und Europäische Verteidigungsgemeinschaft hinaus eine supranationale Autorität zu schaffen.<sup>20</sup>

Die Krise sollte also durch mehr Integration überwunden werden, eine Strategie, die heute mitten in der Eurokrise erneut vorgeschlagen wird.

---

<sup>17</sup> Vgl. Henning Köhler, a.a.O., S. 602; für eine genaue Darstellung der Vorgänge, die in Frankreich und Deutschland stattfanden und schließlich zum „Schuman-Plan“ und zur Montan-Union führten siehe Jürgen Wahl, Robert Schuman: Visionär – Politiker – Architekt Europas, Trier 1999, S. 48-60.

<sup>18</sup> Siehe: K. A., Rede des Vorsitzenden der CDU in der Britischen Zone. Konrad Adenauer, in der Aula der Universität zu Köln, 24. März 1946. <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Reden/1946-03-24-Rede-Uni-Koeln.pdf>, S. 25, Henning Köhler, a.a.O., S. 603

<sup>19</sup> In seiner letzten außenpolitischen Rede stellte Adenauer zum Scheitern der EVG fest: „Die Tage des Scheiterns der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 gehören zu den tragischsten Stunden Europas nach dem Kriege, weil die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, wäre sie zustande gekommen, uns damals schon die politische Einigung Europas gebracht haben würde. Nach diesem Scheitern musste von vorne begonnen werden.“ Siehe: Konrad Adenauer, Rede im Ateneo in Madrid am 16.02.1967, ders. Reden 1917-1967, Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter-Schwarz, Stuttgart 1975, S. 487.

<sup>20</sup> Vgl. Hans Jürgen Küsters, Zwischen Vormarsch und Schlaganfall – Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Haltung der Bundesrepublik Deutschland (1951-1954) in: Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom, hrsg. von Gilbert Trausch, Baden-Baden 1993, S. 259 ff.. Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers, München/Wien 1978, beschrieb das Ziel des „Schuman-Planes“: „Europa sollte auf föderalistischer Grundlage organisiert werden. Eine französisch-deutsche Union ist dabei ein wesentliches Element, und die französische Regierung ist entschlossen, sie in Angriff zu nehmen“, zit. Hans-Peter-Schwarz, Gründerjahre der Republik 1949-1957, Erinnerungsgabe für die Mitglieder der Bundesversammlung 1984, Stuttgart, S. 98.

Am 25. März 1957 wurden dann die Römischen Verträge unterzeichnet. Die Gründung der EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und von EURATOM waren für Adenauer „das wichtigste Ereignis der Nachkriegszeit“.<sup>21</sup> Er reiste persönlich zur Unterzeichnung der Verträge nach Rom. Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg gehören zu den Unterzeichnern. Der erste Schritt zur Integration Europas war getan.

Unmittelbar danach begann ein Streit darüber, wie weit dieser Weg gehen sollte. Mit dem erneuten Machtantritt de Gaulles am 1. Juni 1958 kam eine große Gefahr hinzu. De Gaulle hatte bisher alle Projekte der europäischen Integration abgelehnt. Die Gaullisten hatten in der französischen Nationalversammlung gegen die EVG gestimmt. Der Prozess der weiteren Integration schien beendet.

Aber es kam ganz anders. Das „Wunder von Colombey“ veränderte alles. Adenauer besuchte de Gaulle daheim in seiner Heimat in Colombey-les-Deux-Églises. Man war sich nach den Gesprächen zwar nicht einig, aber man hatte sich verstanden. Der Grundstein für die spätere deutsch-französische Freundschaft war gelegt, die Erbfeindschaft überwunden. Der Elysee-Vertrag konnte am 22. Januar 1963 unterschrieben werden. Adenauer und de Gaulle hatten Weltgeschichte geschrieben.<sup>22</sup>

### III.

Wer die Außen- und Europa-Politik Konrad Adenauers unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg analysiert, ist fasziniert von der Stetigkeit und revolutionären Kraft, die von dieser Politik ausgeht.

Freiheit und Frieden durch die Europäische Einheit, durch die Einbindung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, Schluss mit den Sonderwegen, Schluss mit der Schaukelpolitik, das waren die Leitentscheidungen der Adenauerschen Politik. Sie machten Adenauer in der deutschen Geschichte zu einem außenpolitischen Revolutionär.<sup>23</sup>

Es gehört zu den großen Leistungen deutscher Politiker bis in die heutigen Tage, dass alle Bundesregierungen von Konrad Adenauer bis Angela Merkel an dieser Grundentscheidung festgehalten haben. Aber es gehört auch zu den Erfahrungen von Menschen, dass keine

---

<sup>21</sup> Hans-Peter Schwarz (Adenauer II) a.a.O., S. 285

<sup>22</sup> Siehe Jürgen Rüttgers, Erbfeindschaft – Freundschaft – Konföderative Strukturen, Rede zum 137. Geburtstag von Bundeskanzler Konrad Adenauer am 5.01.2013, Petersberg, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_8640-1442-1-30.pdf?130129121630](http://www.kas.de/wf/doc/kas_8640-1442-1-30.pdf?130129121630)

<sup>23</sup> Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktualisierte Neuausgabe Berlin 2004, S. 49-54

politische Entscheidung, dass auch nicht Frieden und Freiheit in Stein gemeißelt sind. Sie müssen immer wieder neu begründet und gelebt werden.

Ich frage mich, was eigentlich in den Köpfen von Menschen vorgeht, die ohne nachzudenken in unseren Tagen schreiben oder sagen, man könne heute die friedensschaffende Kraft der Europäischen Einheit jungen Leuten nicht mehr vermitteln. Zur Begründung führen sie an: Junge Menschen seien im vereinten Europa aufgewachsen. Für sie seien Frieden und offene Grenzen selbstverständlich. Für wie dumm halten diese Menschen eigentlich unsere Jugend. Junge Leute wissen genau, dass Frieden nicht selbstverständlich ist. Sie wissen, dass die Bundeswehr heute in vielen Ländern dieser Welt im Einsatz ist. Sie wissen, dass es inzwischen wieder einen Krieg auf dem Balkan mit furchtbaren Gräueltaten gegeben hat – mitten in Europa. Angeblich unvorstellbar.

Oder nehmen Sie diejenigen, die heute den Austritt Deutschlands aus der Eurozone fordern. Oft nur um einer Schlagzeile willen. Oder diejenigen, die die Solidarität mit den europäischen Krisenländern aufkündigen wollen.

Wenn man sie nach dem Grund fragt, kommen Sätze wie „Europa darf keine Transferunion werden.“ Ich frage mich, ob diese Menschen nicht wissen, dass Europa schon lange eine Transferunion ist. Fragen Sie mal die deutschen Bauern oder die Menschen im Ruhrgebiet oder den neuen Bundesländern, wie viele Milliarden Euro aus Brüssel zu ihnen geflossen sind.

Eine ähnliche Debatte wird in Deutschland darüber geführt, wie sich die Eurozone weiterentwickeln soll. Viele waren im Kaisersaal des Aachener Rathauses dabei, als der Präsident der Europäischen Zentralbank Wim Duisenberg die Ernennung eines „Europäischen Finanzministers“ gefordert hat. Wolfgang Schäuble hat diese Forderung bei seiner Dankrede für die Verleihung des Karlspreises wiederholt. Europäischer Finanzminister: Dahinter verbirgt sich doch die Idee, einen neuen politischen Rahmen für den Euro zu schaffen.

Seit fünf Jahren erleben wir eine Krise nach der anderen: die amerikanische Finanzkrise, die Immobilienkrise, die Wirtschaftskrise des Jahres 2008, die Wirtschaftskrise des Jahres 2009, die Eurokrise, die europäische Bankenkrise, die europäische Staatsschuldenkrise. Jeder weiß, dass wir mit noch so vielen Rettungsplänen und Rettungsschirmen das Problem nicht in den Griff bekommen, wenn es nicht einen besseren politischen Rahmen geben wird.

Ein Blick auf Konrad Adenauer zeigt, dass das Thema „Politische Union“ nicht erst eine Folge der Euroeinführung ist. Schon in den 50er und 60er Jahren war klar, dass eine Wirtschaftsunion eine Politische Union voraussetzt.

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Sulzberger sagte Konrad Adenauer 1957:

„Die wirtschaftliche und die politische Föderation gehören absolut zusammen. Die wirtschaftliche Föderation soll ja zur politischen führen.“<sup>24</sup>

Um zu zeigen, wie unaufrichtig mancher Politiker heute gegenüber der eigenen Bevölkerung argumentiert, noch ein weiterer Satz von Konrad Adenauer aus dem Jahre 1966 zum Stichwort „Solidarität“:

„Nach dem Krieg, als es jedem klar war, dass der Zusammenschluss notwendig ist, waren alle viel mehr bereit, sich zusammen zu schließen, als sie es jetzt sind. Jetzt hat sich alles wieder erholt und jeder denkt in erster Linie an sich.“<sup>25</sup>

Nun mag ein solches Verhalten erklärbar sein – jedenfalls, wenn man eine Skepsis gegenüber Menschen hat wie Konrad Adenauer. Unverständlich finde ich es aber, wenn Menschen in hohen Ämtern, die große Verantwortung für unser Land und Europa tragen, aus einer Mischung von intellektuellem Hochmut und Angst vor der Zukunft notwendige Veränderungen versäumen, ja: sie zu blockieren versuchen.

In diesen Kontext gehören für mich solche, die mit der Behauptung, der Europäischen Union fehle die demokratische Legitimation, durch das Land reisen. Natürlich ist die Europäische Integration noch nicht vollendet. Aber wie könnte es bei einem solchen welthistorischen Prozess auch anders sein. Wer seit mehr als 25 Jahren in den USA, in China oder Israel mit Abgeordneten, Ministern oder Wissenschaftlern diskutiert, der weiß, mit welcher Bewunderung diese den europäischen Einigungsprozess begleiten und wie wenig sie die kleinkrämerischen Debatten in Europa verstehen.

Jedenfalls bleibe ich bei meiner Auffassung:

Europa ist schon heute genauso demokratisch legitimiert wie seine Mitgliedsstaaten. In Europa entsteht eine Mehrebenen-Demokratie. Natürlich ist deshalb nicht alles vergleichbar und es wird auch nie vergleichbar sein mit dem, was sich in den demokratischen Nationalstaaten entwickelt hat.

Aber das Europäische Parlament ist durch eine demokratische Volkswahl voll legitimiert. Doch es muss noch mehr Rechte bekommen, z. B. das Initiativrecht für Richtlinien und

---

<sup>24</sup> Adenauer: Teegespräche 1955 – 1958, Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1936, S. 27. Siehe auch Pressekonferenz in Bonn am 4.8.1964, st.N.S. 9 J StBKAH 02.34, zitiert nach Poppinga, a.a.O., S. 317: „Auch die EWG kann auf Dauer nicht arbeiten ohne eine Politische Union, weil zu den Maßnahmen, die die EWG vorsieht, die politische Grundlage in den verschiedenen Staaten wenigstens annähernd gleich geschaffen werden muß.“

<sup>25</sup> Informationsgespräch mit Enzo Bettiza (Corriere della Sera) am 28.2.1966, st.N., S. 10 StBKAH 02.37. zitiert nach Poppinga a.a.O., S. 317

Gesetze. Es bleibt für mich erstaunlich, dass die europäischen Abgeordneten aus nationaler Rücksichtnahme sich diese Rechte nicht erkämpfen. Also muss das Volk sie ihnen geben.

Die Europäische Gesetzgebung ist demokratisch legitimiert. Das Argument des Bundesverfassungsgerichts, eine Stimmverteilung unabhängig von der Größe der einzelnen Mitgliedsländer sei undemokratisch, ist unhaltbar. Dann wäre auch der amerikanische Kongress undemokratisch. Im amerikanischen Senat hat jeder Bundesstaat zwei Stimmen, gleich, wie viele Einwohner er hat. Gleiches gilt für die zweite Kammer des italienischen Parlaments oder die erste Kammer des niederländischen Parlaments. Auch der deutsche Bundesrat hat eine Stimmverteilung, die die Einwohnerzahl nur äußerst grob gewichtet. Und auch bei uns brauchen Gesetze die Zustimmung der Mehrheit des Bundesrates. Und da hat manches Land auch mehr Stimmen als ihm einwohnermäßig zusteht.

Richtig ist zwar, dass der Europäische Rat, also der Rat der Staats- und Regierungschefs, nicht ausreichend europäisch-demokratisch legitimiert ist. Sie sind national gewählt. Deshalb muss das Europäische Parlament auch zustimmen, wenn der Europäische Rat intergouvernementale Beschlüsse fasst.

Der Präsident der Europäischen Kommission wird indirekt durch das Volk, nämlich durch das Europäische Parlament gewählt.

Die Europäischen Institutionen sind also demokratisch legitimiert. Natürlich gilt auch: Europa muss demokratisch werden.

Aber auch die Bundesrepublik Deutschland war bis zum 5. Mai 1955, dem Tag des Inkrafttretens des Deutschland-Vertrages nicht souverän. Sie war sogar bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 nicht in vollem Umfang souverän. Sonst wäre der 2+4-Vertrag nicht erforderlich gewesen.

All dies zeigt, dass die demokratische Legitimation eines Staates heute nicht mehr mit nationalstaatlichen Souveränitätskriterien beurteilt werden kann. Zwar wird sich die in den letzten 200 Jahren entstandene Verbindung von Nation und Staat nicht von heute auf morgen auflösen. Aber genau wie die Identität von Religion und Staat in einem langen Prozess vergangen ist, so wird dies auch bei Staat und Nation sein.

In Zukunft geht es nicht mehr um die Souveränität der Staaten, sondern um die Volkssouveränität. Die Souveränität mancher Staaten ist längst dahin. Ihre Regierungen haben die Souveränität an den Finanzmärkten verspielt.

Dieser Gedanke führte mich zu einer weiteren Frage. Was ist eigentlich das Ziel der Europäischen Einigung?

Konrad Adenauer hatte in dieser Frage eine eindeutige Auffassung:

„Als Endziel muss uns vorschweben, dass eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa stehen.“<sup>26</sup>

Er war sich klar darüber, dass dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Deshalb war er auch bereit, „in der weiteren Arbeit für Europa nicht dogmatisch, sondern pragmatisch“ voranzugehen.<sup>27</sup> An anderer Stelle beschreibt er seine Strategie so:

„Man kann Europa nicht bauen wie man ein Haus baut. Man bestellt soundso viel Beton, Sand, eiserne Träger usw., hat einen Plan und fängt an zu arbeiten. Europa, das ist eher wie ein Baum, der wächst, der eine Schicht nach der anderen ansetzt, der aber nicht konstruiert werden kann“.<sup>28</sup>

Jedenfalls machte er keine Abstriche an seinem Ziel, die politische Föderation zu verwirklichen:

„Es ist da einerlei, ob wir bei der Einigung Europas mit einer Föderation oder einer Konföderation anfangen. Ich will Ihnen ganz offen sagen: Für mich ist die Hauptsache, dass etwas geschieht.“<sup>29</sup>

Und manchmal fügte er ein Zitat von Bismarck hinzu:

„Die allerschlechteste Regierung ist diejenige, die nichts tut.“

Eugen Gerstenmeier, der große Bundestags-präsident, hat Adenauers Politik im April 1967 so beschrieben: „Er hat dem souveränen Nationalstaat so entschieden abgesagt, dass eine Rückkehr in Deutschland nur noch als Folge einer völligen Verzweiflung an der Verwirklichung der europäischen Gemeinschaft denkbar ist“.<sup>30</sup>

Aber das ist genau heute das Problem.

---

<sup>26</sup> In Wuppertal/Elberfeld auf einer Veranstaltung der CDU am 5.5.1946, st.N., S. 19, ACDP S. Ad., zit.: Poppinga a.a.O., S. 283

<sup>27</sup> Interview mit John M. Hughtower (Associated Press) am 1.7.1963, schriftliche Fassung, S. 4, StBKAH 02.31, zit.: Poppinga, a.a.O., S. 315

<sup>28</sup> K. A. in: Interview vom 24.11.1960, in: Adenauer, Teegespräche 1959 – 1961, Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988, S.387.

<sup>29</sup> Vor dem Industrieclub und dem deutsch-französischen Kreis in Düsseldorf am 23.6.1964, st.N., S. 21, StBKAH 02.33, zit.: Poppinga, a.a.O., S. 316

<sup>30</sup> Zitat nach Jochen Hieber, Er war der Chef von dem ganzen Verein, in: FAZ 31.07.2012, S. 33

Keiner soll sich etwas vormachen. Die Europäische Union durchlebt in unseren Tagen nicht nur eine Finanz- und Wirtschaftskrise bisher ungekannten Ausmaßes. Europa durchlebt eine politische Krise. In vielen Ländern sehen Europa-Gegner neue Chancen, den europäischen Einigungsprozess zu stoppen. Das gilt nicht nur für Großbritannien, wo die europafeindliche Independence-Party großen Zulauf hat. Auch die gespaltenen Konservativen sehen nur einen Ausweg darin, 2014 eine Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union durchzuführen. In Frankreich hat der Front National unter Marine Le Pen fast ein Direktmandat bei einer Nachwahl erzielt. In Italien sind die „Grillini“ gegen den weiteren Ausbau der Europäischen Einigung. In vielen Krisenländern nehmen die Proteste der Populisten gegen Europa zu. Auch in Deutschland wird in diesen Tagen ein strammer Anti-Euro-Kurz als Alternative verkauft.

Im Europäischen Rat, also bei den Staats- und Regierungschefs, ist zudem eine Tendenz zur Renationalisierung unverkennbar. Man hat eben Angst vor der öffentlichen Meinung.

Dabei braucht Europa gerade jetzt neue Impulse. Nicht nur, um die Wirtschafts- und Schuldenkrise zu überwinden, sondern auch, damit Europa angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt nicht ins Abseits gerät.

Es gehört zur Dialektik des europäischen Einigungsprozesses, dass die Renationalisierung der Politik neue Schritte zur Föderalisierung Europas erforderlich macht.

Und das führt mich zu einem letzten Gedanken.

Seit einiger Zeit gibt es ein Wiederaufleben einer alten Diskussion, die seit der Reichsgründung 1871 immer wieder die Europäer beschäftigt hat. Welche Rolle spielt eigentlich Deutschland in Europa? Oder anders: Ist Deutschland für Europa zu klein oder zu groß?

Der zyprische Außenminister hat in einem Interview in der FAZ die 10 Milliarden-Hilfe der Eurogruppe als „unsolidarisch“ bezeichnet.<sup>31</sup> Der polnische Außenminister Sikorski<sup>32</sup> beschwert sich über die Untätigkeit Deutschlands. Gustav Seibt fragte sich unter Bezugnahme auf diese Debatte und die wütenden Demonstrationen in Griechenland, Zypern und im italienischen Wahlkampf gegen die deutsche Bundeskanzlerin:

„Waren wir nicht längst weiter beim europäischen Nationalstaat?“<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> [www.t-online.de/wirtschaft/unternehmen/id\\_62755892/zyperns-aussenminister-europa-ist-unsolidarisch.html](http://www.t-online.de/wirtschaft/unternehmen/id_62755892/zyperns-aussenminister-europa-ist-unsolidarisch.html)

<sup>32</sup> Radoslaw Sikorski: „Ich habe weniger Angst vor deutscher Macht, als ich anfangs, mich vor deutscher Inaktivität zu fürchten“, in: *spiegel\_online*, 28.11.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/rede-von-polens-aussenminister-deutschland-soll-euro-zone-retten-a-800486.html>

<sup>33</sup> Gustav Seibt, Entweder zu groß oder zu klein, in: *SZ* vom 27.3.2013, S. 11

Der Jurist Ernst-Joachim Mestmäcker bedauert mit Recht, dass „[die] für die europäische Einigung fatale, unter Umständen finale Wirkung der Krise darin bestanden [hat], alte überwunden geglaubte nationale Vorurteile zu beleben und zu aktivieren“ Und er hat mit Bezugnahme auf Franz Böhm hinzugefügt: „Umverteilungskonflikte reduzieren die Politik auf „Macht- und Magenfragen“.<sup>34</sup> Und ich füge hinzu: Leider waren es nicht zuletzt deutsche Politiker, die aus einer politischen Frage eine Umverteilungsfrage gemacht haben.

Worum es bei dieser Frage eigentlich geht, ist mir in einem Gespräch im amerikanischen Kongress vor einem Jahr deutlich geworden. Ich wollte mit dem einflussreichen Abgeordneten Barney Frank über die Weltfinanzkrise reden. Frank ist einer der Väter des Reform-Gesetzes für den amerikanischen Finanzmarkt. Gleich zu Beginn unseres Treffens sagte er: „Deutschland muss die militärische Führung in Europa übernehmen. Die USA kann nicht länger für die Sicherheit Europas zahlen. Wir müssen sparen.“ Meine spontane Reaktion: „Vergessen Sie das. Reden Sie mit Frankreich. Wir haben schon genügend Ärger mit den wirtschaftlichen Problemen.“ beantwortete er mit dem Satz: „Die haben nicht genügend Geld.“ Was lehrt uns diese Geschichte? Deutschland wird sich solchen Fragestellungen ebenso wenig entziehen können wie Frankreich und die anderen europäischen Länder. Ich glaube, es gibt schon ein Problem. Nicht nur wegen der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Der Versuch, Deutschland durch die Einführung des Euro und den 2+4-Vertrag dauerhaft in die europäische Architektur einzubeziehen, trägt nicht mehr.

Der britische Historiker Brendan Simms hat in diesen Tagen darauf hingewiesen, dass „[das] europäische Projekt doch immer eine doppelte Ausrichtung [hatte]. Auf der einen Seite sollten die europäischen Institutionen einer ungehinderten Machtentfaltung Deutschlands einen Riegel vorschieben, auf der anderen Seite sollten Deutschlands Kräfte mobilisiert werden. Deshalb darf Deutschland auch nicht immer nur als gefährliche Macht angesehen werden, wir müssen uns auch fragen, wie wir Deutschlands Kraft am besten für das Wohl Europas nutzen können“.<sup>35</sup> Ich füge hinzu, Deutschland muss sich dieser Verantwortung stellen.

Wir Europäer merken jetzt in der Krise, dass wir nicht nur „zu unserem Glück“ vereint sind.<sup>36</sup> Wir sind auch im Unglück vereint, weshalb solidarisches Handeln zum Kern europäischer Politik und zur europäischen Identität gehört.

Das „zu groß für Europa, zu klein für die Welt“ gilt nicht nur für Deutschland. Es gilt heute auch für Frankreich und Großbritannien. Und das ist neu.

---

<sup>34</sup> Ernst-Joachim Mestmäcker, Ordnungspolitische Grundlagen einer politischen Union, in: FAZ 9.11.2012, S. 12.

<sup>35</sup> Brendan Simms, „Ein Schock von außen“ in: Der Spiegel, 15/2013, S.99)

<sup>36</sup> Die Berliner Erklärung, [http://www.lpb\\_bw.de/50\\_jahre-roemische\\_vertraege.html](http://www.lpb_bw.de/50_jahre-roemische_vertraege.html)

Ja, wir waren schon einmal weiter bei der europäischen Föderation. Und wir müssten spätestens jetzt verstanden haben, dass wir nicht nur Rettungsschirme und Sparpakete brauchen, sondern neue Initiativen für den Weg zum vereinten Europa.

Und auch dabei kann Konrad Adenauer helfen. In seiner letzten europapolitischen Rede im Ateneo in Madrid am 16. Februar 1967 sagte er:

„In unserer Epoche dreht sich das Rad der Geschichte in ungeheurer Schnelligkeit. Wenn der politische Einfluss der europäischen Länder weiter bestehen soll, muss gehandelt werden. Und wenn nicht gleich die bestmögliche Lösung erreicht werden kann, so muss man eben die zweit- oder drittbeste nehmen. Wenn nicht alle mittun, dann sollten die handeln, die dazu bereit sind.“<sup>37</sup>

und an anderer Stelle:

„Europa muss geschaffen werden.“<sup>38</sup>

Und wie so oft hat Adenauer auch da Recht.

---

<sup>37</sup> K.A. Rede im Ateneo, Madrid am 16.2.1967, Redemanuskript, S. 13, StBKAH 02.38, in: Poppinga a.a.O., S. 319

<sup>38</sup> K.A. Rede auf dem 14. Bundesparteitag der CDU in Bonn am 21.3.1966, Protokoll des Parteitags, hrg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn, S. 40